

Betrifft: Benennung in ursprüngliche Bezeichnung „Börsepark“

Die Mitglieder der Kulturkommission stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, dass die Parkfläche am Börseplatz an Stelle von „Hermann-Gmeiner-Park“, die ursprünglich gebräuchliche Bezeichnung „Börsepark“ erhalten möge. In diesem Zusammenhang mögen alle Benennungen, Beschilderungen und sonstige Zeichen im öffentlichen Raum, die auf die derzeitige Bezeichnung Bezug nehmen, aufgelassen werden.

Begründung:

Der Park am Börseplatz ist ein Ort, der insbesondere als Erholungsraum für Familien und Spielplatz von Kindern genutzt wird. Zum heutigen Zeitpunkt gibt es acht öffentlich bekannt gewordene, plausibilitätsgeprüfte anerkannte und entschädigte Missbrauchsfälle an Kindern durch Hermann Gmeiner¹. Deshalb ist rasches und klares Handeln geboten. An einem Ort, an dem Kinder spielen und sich wohl fühlen sollen, haben Benennungen und Zeichen einer Person, die dermaßen gegen fundamentale Kinderrechte verstoßen hat, keinen Platz.

¹ <https://www.sos-kinderdorf.at/aktuelles/berichterstattung-sos-kinderdorf/fragenundantworten/fragen-zu-hermann-gmeiner> aufgerufen am 24.11.2025

Betreff: Zweiter Aufzug am Stephansplatz – Sicherstellung der Barrierefreiheit

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte von ÖVP, GRÜNE, NEOS und FPÖ Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Innere Stadt möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, gemeinsam mit den Wiener Linien die bereits bestehenden Planungen für einen zweiten barrierefreien Aufzug am Stephansplatz erneut zu prüfen und weiterzuführen, sodass ein zusätzlicher Zugang zum U-Bahnknoten – mit einem etwaigen Ausstieg in der Goldschmiedgasse – zeitnah umgesetzt werden kann.

Im Zuge des weiteren Planungsprozesses wird vorgeschlagen mit an barrierefreien Zugängen befasste Interessenvertretungen frühzeitig und aktiv miteinzubeziehen, um eine umfassend barrierefreie Lösung sicherzustellen.

Begründung

Der Stephansplatz zählt mit rund 250.000 Fahrgästen täglich zu den meistfrequentierten U-Bahnknoten Wiens. Für Menschen im Rollstuhl oder mit sonstigen Mobilitätseinschränkungen, ältere Menschen mit Gehhilfen, Personen nach einem Unfall sowie Eltern mit Kinderwagen steht derzeit nur ein einziger Aufzug zur Verfügung.

Der Aufzug ist häufig überlastet und verursacht lange Wartezeiten. Bei Störungen oder Wartungsarbeiten ist der U-Bahnknoten bzw. Stephansplatz nicht barrierefrei zugänglich und Menschen mit Behinderung sind von ihrer gleichberechtigten Teilhabe ausgeschlossen.

Die Modernisierung des bestehenden Aufzugs vom 20. Jänner bis 17. März 2025 hat erneut gezeigt, dass eine vollständige Sperre zu erheblichen Behinderungen führt: Betroffene mussten in ihrem Alltag zeitaufwändige Umwege in Kauf nehmen, um ihre Ziele zu erreichen.

Die Errichtung eines zweiten Aufzugs würde die verlässliche, barrierefreie Zugänglichkeit der U-Bahnstation Stephansplatz gewährleisten - sowohl im regulären Betrieb als auch während zukünftiger Instandhaltungs- oder Modernisierungsmaßnahmen der Wiener Linien.

Denn umfassende Barrierefreiheit ist kein „nice-to-have“, sondern ein Menschenrecht!

(Andrea Dobida)

Betrifft: Taubenfütterungen in der Inneren Stadt (Sophie Valtiner)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, große Taubenschwärme anlockende Fütterungen mit geeigneten Maßnahmen (Untersagungen, ortspolizeiliche Verordnung, etc.) hintanzuhalten, z.B. indem die erlaubte Futtermenge pro Fütterung und Örtlichkeit auf eine Bagatellemenge begrenzt wird.

Begründung:

Es finden in der Inneren Stadt mittlerweile vermehrt Taubenfütterungen durch Privatpersonen statt, bei denen der Inhalt ganzer Trolleys ausgebracht wird. In der Verwaltungspraxis der Dienststellen wird das Füttern durch Private nicht untersagt, solange keine Körner liegen bleiben und das Futter tier- und artgerecht ist.

Durch die massiven Mengen – in Kombination mit täglicher Fütterung - werden jedoch sehr große Taubenschwärme angelockt, die sich auch schon vor Fütterungsbeginn versammeln. Dadurch kommt es immer wieder zu Verunreinigungen in der jeweiligen Umgebung. Auch ist es nicht im Interesse der Tiergesundheit, dass sich regelmäßig so große Schwärme versammeln, da solcherart Krankheiten leichter übertragen werden.

Gerade in Zeiten der Vogelgrippe sollte das Versammeln großer Schwärme durch diese Art der Fütterung nicht gefördert werden. Angesichts des Ende November bekannt gewordenen ersten Todesfalls eines mit dem Vogelgrippevirus H5N5 infizierten Menschen, scheint diese Maßnahme nicht nur im Sinne der Tiergesundheit geboten, sondern auch zum Schutz der Menschen in der Stadt.

Die unterfertigten Bezirksrät*innen der SPÖ Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Werbebildschirme Burgring

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht zu prüfen, ob kurzfristig eine dauerhafte Dimmung der Werbebildschirme an den ehemaligen Passagenzugängen bei der Straßenbahnhaltestelle Burgring erwirkt werden kann. Zudem möge geprüft werden, wie längerfristig generell der Betrieb von in den öffentlichen Raum strahlenden Videoreklamen in der Inneren Stadt unterbunden werden kann.

BEGRÜNDUNG

Werbebildschirme mit Videoreklamen sind eine Werbeform, die zusätzliche Lichtverschmutzung verursacht und zur Kommerzialisierung des Stadtbilds beiträgt. Die großen und hell leuchtenden Werbedisplays am Burgring beeinträchtigen das Stadtbild noch dazu in einem sensiblen Bereich der Welterbezone.

Zudem liegen dem Antragsteller Beschwerden von Straßenbahnfahrern vor, dass die ungedimmten Werbebildschirme in der Haltestelle Burgring bei Dunkelheit die Überwachung des Fahrgastwechsels beeinträchtigen, da die videobasierten Rückspiegelsysteme moderner Straßenbahnen bei hohen Kontrastunterschieden keine erkennbaren Bilder der ein- und aussteigenden Fahrgäste liefern.

Antrag: Inbetriebnahme der U5
(Melanie Salis-Samaden)



Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Die zuständige Stadträtin wird ersucht, die angekündigte Verzögerung der Inbetriebnahme der Linie U5 unverzüglich zurückzunehmen und alle erforderlichen Schritte einzuleiten, damit die Inbetriebnahme – wie ursprünglich angekündigt – im Jahr 2026 erfolgen kann.

Begründung:

Die jüngsten Ankündigungen zur neuerlichen Verzögerung der Fertigstellung des Projekts U2xU5 und die vier Jahre verspätete Inbetriebnahme der Linie U5 irritieren. Die Stadt Wien hat über Jahre hinweg einen klaren Zeitplan kommuniziert, demzufolge die erste Ausbaustufe der U5 zwischen den Stationen Karlsplatz und Frankhplatz noch 2026 in Betrieb gehen sollte. Nun wurde bekannt, dass die Inbetriebnahme erst 2030 und weitere Ausbaustufen des Projekts U2xU5 gar „Mitte der 2030er Jahre“ erfolgen sollen.

Für die Innere Stadt, insbesondere für direkt betroffenen Anrainer:innen und Geschäftstreibende, bedeutet jede weitere Verzögerung der U5 einen erheblichen Nachteil. Die neue U-Bahnlinie soll die Verkehrsbelastung reduzieren, die Erreichbarkeit verbessern und Alternativen zum motorisierten Individualverkehr schaffen. Dass dieses zentrale Infrastrukturprojekt nun über Jahre hinweg stillstehen soll, ist weder wirtschaftlich sinnvoll noch verkehrspolitisch verantwortbar.

Antrag: Parkraumbewirtschaftung an Samstagen
(Conny Schmeller)



Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Die zuständige Magistratsabteilung wird ersucht, den durch die Parkraumbewirtschaftung abgedeckten Zeitraum in der Inneren Stadt auszudehnen, sodass die an Werktagen von 9 bis 22 Uhr gültigen Regelungen auch an Samstagen verkehrsberuhigend wirken können. Die Umsetzung soll spätestens gleichzeitig mit Inkrafttreten des Zufahrtsmanagements innerhalb der Ringstraße erfolgen, um die Glaciszone zu entlasten.

Begründung:

Die Parkraumbewirtschaftung leistet einen wichtigen Beitrag zur Verkehrsberuhigung in ganz Wien. In der Inneren Stadt ist die Belastung durch den motorisierten Verkehr das ganze Jahr über an vielen Samstagen höher als unter der Woche. Ausgerechnet samstags ist aber die Parkraumbewirtschaftung ausgesetzt. Mit Inkrafttreten des Zufahrtsmanagements innerhalb der Ringstraße ist eine Verlagerung der Verkehrsbelastung in die Glaciszone zu erwarten.

Antrag:

Entsiegelung Dr.-Karl-Lueger-Platz
(Arthur Gillay)



Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

(Verweis UAS)

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, den Asphaltbelag zwischen den bestehenden Grünflächen und der Stufenanlage am Dr.-Karl-Lueger-Platz zu entfernen und durch eine entsiegelte, baumgerechte Gestaltung zu ersetzen, um die Standortbedingungen der dortigen Platane (Naturdenkmal Nr. 756) langfristig zu verbessern.

Dabei ist sicherzustellen, dass alle Arbeiten in enger Abstimmung mit der MA 42 (Baumerhaltung) sowie der MA 22 (zuständig für Naturdenkmäler) erfolgen und unter Berücksichtigung der Vorgaben des Gutachtens der Ing. Rudolf Richter GmbH vom 30.06.2022 durchgeführt werden.

Begründung:

Die etwa 100-jährige Platane am Luegerplatz ist als Naturdenkmal ausgewiesen und leistet durch ihre Größe und Vitalität einen bedeutenden Beitrag zur Verschattung und Abkühlung im städtischen Raum, insbesondere in zunehmend heißen Sommern. Laut dem genannten Gutachten ist unter dem angrenzenden asphaltierten Bereich bereits eine ausgeprägte Wurzelbildung erkennbar. Hebungen in der Asphaltfläche belegen den Wurzelwachstumsdruck, der auf zu engem Raum erfolgt.

Das Gutachten empfiehlt ausdrücklich, die versiegelte Fläche durch eine Grünfläche mit geeignetem Pflanzsubstrat zu ersetzen, um die Versorgung der Wurzeln mit Wasser, Nährstoffen und Sauerstoff zu verbessern und dadurch die langfristige Vitalität des Baumes zu sichern. Dabei wird die Entsiegelung samt schonender Bodenlockerung und Substrataustausch als sinnvolle Maßnahme zur Mikroklimaverbesserung hervorgehoben.

Da der Baum über eine außergewöhnlich große Krone (Kronendurchmesser > 21 m) verfügt und wichtige Schattenwirkung im städtischen Hitzeraum erzeugt, ist eine Optimierung der Standortbedingungen alternativlos, wenn seine langfristige Vitalität abgesichert werden soll.

Antrag: Radfahren Fleischmarkt
(Joseph Dreier)



Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Die zuständige Magistratsabteilung wird ersucht, am Fleischmarkt den Abschnitt zwischen Laurenzerberg und Postgasse für Radfahren gegen die Einbahn zu öffnen.

Begründung:

Die Verkehrsberuhigung der Postgasse hat die Relation Rotenturmstraße – Fleischmarkt – Postgasse zu einer theoretisch attraktiven Strecke für den Radverkehr gemacht, doch leider ist diese Route wegen der bestehenden Einbahnverordnungen nicht möglich. Die Öffnung dieser Route würde auch eine Entlastung für die hochfrequentierte Querung zwischen Rotenturmstraße und Lugeck sowie für die Bäckerstraße bedeuten.

Antrag: Schlüsselboxen im öffentlichen Raum
(Lea Samonig)



Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Die zuständige Magistratsabteilung wird ersucht, Schlüsselboxen im öffentlichen Raum systematisch zu entfernen. Konkret geht es um Schlüsselboxen, die ohne Genehmigung des Magistrats in der Inneren Stadt an Sitzbänken, Fahrradabstellanlagen, Einfassungen von Baumscheiben, Verkehrszeichen, Geländern, Einzäunungen etc. angebracht sind.

Begründung:

Schlüsselboxen werden oft im öffentlichen Raum angebracht, um die Kurzzeitvermietung von Wohnungen zu vereinfachen, ohne bei Ankunft der Kundschaft persönlich vor Ort sein zu müssen. Viele dieser Kurzzeitvermietungen sind weder gewerberechtlich noch aus Sicht der Bauordnung rechtlich gedeckt.

Dieses Geschäft mit illegalen Kurzzeitvermietungen bringt hohe Erträge für wenige und verringert die für Wohnzwecke zur Verfügung stehenden Flächen. Dies führt wegen des geringeren Angebots zu höheren Mietkosten für viele, die nach einer Wohnung als Hauptwohnsitz suchen.

Die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung von illegaler Kurzzeitvermietung reichen nicht aus. Es braucht eine Vielzahl von Maßnahmen, um dieses Problem in Griff zu bekommen.

Betreff: Pfandsammelringe in der Inneren Stadt

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht, ein Pilotprojekt zur Installation von Pfandsammelringen an öffentlichen Mistkübeln in der Inneren Stadt zu initiieren und umzusetzen.

Dabei soll insbesondere:

- Bei Neuaufrstellung, Austausch und Adaptierung von Abfallbehältern – insbesondere in Bereichen mit hohem Fußgänger:innen- und Tourismusaufrkommen - die Anbringung von Pfandsammelringen systematisch mitgeplant werden.
- Auf eine einfache, robuste, langlebige und kosteneffiziente technische Ausführung der Pfandsammelringe Bedacht genommen werden.
- Durch geeignete Informations- und Bewusstseinsmaßnahmen (z.B. Piktogramme) sowohl Bewohner:innen, als auch Tourist:innen auf die Funktion der Pfandsammelringe hingewiesen werden.

Begründung

Seit 1. Jänner 2025 gilt ein bundesweites Pfandsystem für Einweg-Getränkeverpackungen. Doch kleine Flaschen und Dosen, die unterwegs konsumiert werden, landen trotzdem häufig im Restmüll, oder auf der Straße. Die Anbringung von Pfandsammelringen an öffentlichen Mistkübeln trägt wesentlich zur nachhaltigen Müllvermeidung und Ressourcenschonung bei, indem Pfandflaschen und -dosen nicht mehr im Restmüll landen. Gleichzeitig stellen Pfandsammelringe eine menschenwürdige Unterstützung für Pfandsammler:innen dar, die nicht in Mistkübeln wühlen müssen, sondern Pfandgebilde leicht und sauber entnehmen können. Pfandsammelringe sind unauffällig, langlebig und leicht zu reinigen. Sie können an bestehenden Mistkübeln montiert werden und verursachen kein zusätzliches Müllaufkommen. Im Gegenteil: Durch das geordnete Ablegen der Flaschen wird die Sauberkeit rund um die Mistkübel verbessert, da Gebilde nicht lose daneben abgestellt werden. Damit leisten Pfandsammelringe einen konkreten Beitrag zu einer sauberen Innenstadt. Besonders in der Inneren Stadt mit ihrem sehr hohen Anteil an Tourist:innen ist der Nutzen groß: Viele Besucher:innen kennen das österreichische Pfandsystem nicht oder nur oberflächlich. Für sie ist es eine niederschwellige, intuitive Lösung,

Flaschen und Dosen einfach in einen Pfandsammelring zu geben, anstatt sie im Restmüll zu entsorgen, oder im öffentlichen Raum liegen zu lassen.

Die Innere Stadt ist mit einem solchen Pilotprojekt Vorreiterin in Wien und zeigt, wie eine ökologisch verantwortungsvolle und wirtschaftlich vernünftige Maßnahme im Alltag funktioniert. Zum Vorteil von Bewohner:innen, Tourist:innen und der Stadt als Ganzes.

(Lisa Ficzek)





Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Markus Platt)

ANTRAG

betreffend: Stellungnahme Bundesdenkmalamt bezüglich Gehweg vor VS
Börsegasse

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht bezüglich des Planes, den Gehsteig vor der VS Börsegasse neu zu gestalten, eine Stellungnahme des Bundesdenkmalamtes, im Hinblick auf den dadurch verlorengehenden Blick zu einem der Gründerzeithäuser bei Maria am Gestade, einzufordern.

BEGRÜNDUNG

Da hier wieder einmal ein historischer Gehsteig in einen „neu gestalteten“ Gehsteig verwandelt werden soll und in diesem besonderen Fall sogar der Blick in Richtung Maria am Gestade – zu einem der Gründerzeithäuser – dann einfach ein komplett anderer ist, der dann auch nichts mehr mit einem historischen Platz zu tun hat, ist eine offizielle Stellungnahme des Bundesdenkmalamtes für uns unumgänglich.

Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Jutta Brunner-Blasek)

ANTRAG

betreffend: temporäre Straßenschilder

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, bei temporär aufgestellten Zonenschildern (Halte- u Parkverbote, Wagenkarten-HV, etc) darauf zu achten, daß die temporären Zeiten der Gültigkeit (Beginn und Ende, jeweilige Uhrzeit) auf den Zusatzschildern korrekt vermerkt werden.

BEGRÜNDUNG

Immer wieder bleiben temporäre Schilder monatelang ungenützt im öffentlichen Raum, weil der Abtransport vergessen wurde. Das Ende der Genehmigung ist an der Ausschilderung nicht zu erkennen.



Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Jutta Brunner-Blasek)

ANTRAG

betreffend: Schanigärten

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, bei allen genehmigten Schanigärten darauf zu achten, daß die Ausmaße der Gastgärten jeweils nur vor dem eigenen Geschäftslokal aufgestellt werden. Alle Gastgärten die diesen Vorgaben nicht entsprechen, sollen auf die Länge/Ausmaß des Betriebslokals angepaßt werden.

BEGRÜNDUNG

Bei einigen Gaststätten im Bezirk hat es den Anschein, als würden diese Vorgaben nicht gelten.





Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Maximilian Meran)

ANTRAG

betreffend: Bewohnerzonen-Erweiterungen

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht an folgenden Adressen eine Schaffung bezirkungsweise eine Verlängerung der dort befindlichen Bewohnerzonen zu prüfen:

- | | |
|----------------------|----------------------|
| *) Singerstraße | *) Spiegelgasse |
| *) Marc-Aurel-Straße | *) Walfischgasse |
| *) Salzgries | *) Bösendorferstraße |
| *) Teinfaltstraße | *) Schauflergasse |
| *) Löwelstraße | *) Tegetthoffstraße |

BEGRÜNDUNG

Aufgrund des hohen Bedarfs an Bewohnerparkplätzen an den genannten Adressen, wäre die Prüfung und gegebenenfalls die Umsetzung einer Erweiterung von Bewohnerparkplätzen sinnvoll.



Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Maximilian Meran)

ANTRAG

betreffend: Wien-Mobil Radstände Singerstraße

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht gemeinsam mit allen sonstigen zuständigen Stellen, der Bezirksvorstehung sowie dem Betreiber selbst, die schlechte Auslastung des Wien-Mobil Radständers in der Singerstraße zu prüfen und diesen – bezüglich seiner Größe - gegebenenfalls gemeinsam mit dem Betreiber anzupassen.

BEGRÜNDUNG

Da der große Wien-Mobil Radstände in der Singerstraße das ganze Jahr über sehr wenig ausgelastet zu sein scheint, wäre eine Überprüfung und gegebenenfalls eine Adaptierung seiner Größe vonnöten.



Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Mag. Wolfgang Mayer)

ANTRAG

betreffend: Maßnahmen gegen Taubenfütterung am Dr.-Karl-Lueger-Platz

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht gemeinsam mit der MA48 am Dr.-Karl-Lueger-Platz eine gut sichtbare Beschilderung anzubringen, die auf das Fütterungsverbot sowie die drohenden Verwaltungsstrafen hinweist.

In weiterer Folge mögen regelmäßige Kontrollen durchgeführt und Verstöße gegen das Wiener Reinhaltegesetz konsequent geahndet werden.

BEGRÜNDUNG

Am Dr.-Karl-Lueger-Platz kommt es regelmäßig zu Taubenfütterungen, die zu einer erheblichen Tauben- und Rattenplage geführt haben. Es handelt sich offenbar um planmäßige Fütterungen, die an mehreren Standorten im Bezirk durchgeführt werden.

Die umliegenden Gastronomiebetriebe haben sich wiederholt über die hygienischen Zustände und die Beeinträchtigung ihres Geschäftsbetriebs beschwert. Es kommt regelmäßig zu Konflikten zwischen Gewerbetreibenden, Passanten und den fütternden Personen – in einem Fall auch zu Handgreiflichkeiten. Bisherige Beschwerden blieben ohne Wirkung.

Das Ausbringen von Taubenfutter stellt eine Verunreinigung im Sinne des Wiener Reinhaltegesetzes dar. Eine klare Beschilderung und regelmäßige Kontrollen sind geeignete Maßnahmen, um die Situation zu verbessern.